

ersch. wöchentlich  
einmal: freitags.  
Anzeigen: Die fünfgepaltenen  
Beitragse 40 Pfg.  
Für die Ortsbereiche 10 Pfg.  
Im Abonnement nach  
Leberecht.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement  
vierteljährlich 1,- Mark  
bei jedem Postamt und in der  
Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Preisliste.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

## Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 29

Berlin, den 18. Juli 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt  
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/23,  
Geldsendungen an W. Ziefe, Greifswalder Straße 221/23, zu adressieren.

Fernsprech - Amt  
Königsstadt, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Wirtschaftspolitik und Arbeiterbewegung. — Die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft. — Die Unduldsamkeit der freien Gewerkschaften. — Terrorismus und kein Ende. — Rundschau: Die Wahlen zu den Behörden der Arbeiterversicherung. Der Verband der württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunterbeamten. Der Gewerksverein der Deutschen Köpfer und Biegler (G.-V.). — Feuilleton: Wohnungskunst und Möbelbau im Altertum. — Aus den Ortsvereinen: Bremen. Köln. — Lohnbewegung. — Adressenänderungen. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

### Wirtschaftspolitik und Arbeiterbewegung.

Man wird sich noch erinnern, daß bald nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 in den Regierungsblättern versichert wurde, die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes müßten erfüllt werden, damit der sozialdemokratischen Bewegung der Boden unter den Füßen entzogen werde. Auch aus den Kreisen der Arbeitgeber wurden Stimmen laut, die in der Erkenntnis gipfelten, „daß etwas geschehen müsse“, um die Arbeiter zufrieden zu stellen. Ob diese Zugeständnisse nur aus der Furcht vor der „roten Flut“ entsprungen waren, oder ob sie es der besseren Einsicht verdanken konnten, ist schwer festzustellen. Kurzum, seitdem sind Jahre ins Land gegangen, ohne daß den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen worden wäre, denn mit der Kranken-, Unfallversicherung und Invalidengesetzgebung allein wird die eigentliche Arbeiterfrage ebensowenig ihrer Lösung näher geführt, als mit den Wohlfahrtsanstaltungen seitens einer Anzahl Industrieller. Man ist vielmehr dazu übergegangen, von Jahr zu Jahr die notwendigen Lebensmittel zu verteuern. Man hat von Seiten der Arbeiter lange schwierige Kämpfe führen müssen, um den Lebensunterhalt mit den teuren Verhältnissen nur einigermaßen in Einklang zu bringen.

Der eigentliche Kern der Arbeiterbewegung steckt tiefer. Die große Masse will einen größeren Anteil an den Freuden des Lebens, will ein reichlicheres Maß von Mitteln zur Befriedigung verständiger Bedürfnisse haben. Dieser Wunsch ist vorhanden, solange die Welt besteht, und ist von jeher die eigentliche Triebfeder allen Fortschritts gewesen. An dem Tage, an welchem jeder Mensch mit seiner Lebenslage vollkommen zufrieden ist, würde die Welt stille stehen. Daß der Wunsch sich gegenwärtig mit größerem Nachdruck geltend macht als früher, ist die einfache Folge davon, daß mit der wachsenden Bildung die Erkenntnis ihrer Lage bei den einzelnen Menschen eine klarere geworden ist, daher auch der Widerstand einer bestimmten Klasse von Leuten gegen jegliche Bildung. Dazu kommt, daß die Presse und die Erleichterung der persönlichen Verständigung durch die Vervollkommnung der Transportmittel im ganzen Verkehrsweisen die gemeinliche Geltendmachung der gemeinsamen Wünsche erleichtern. Presse und Verkehrsweisen sind heute so ausgebaut, daß sich allmählich eine internationale Verständigung in allen Lebensfragen vollzieht. Der Wunsch, seine Lage zu verbessern, ist für jeden Menschen ein berechtigter, soweit er erfüllbar ist. Die Produktion hat in den letzten hundert Jahren unermessliche Fortschritte gemacht. Die Maschinen arbeiten für Menschen, die Technik ist so vollendet. Der Natur sind so viele Geheimnisse abgelauscht, daß sie eine Menge von Mitteln für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse hergibt, die sie früher spröde verborgen hatte. Dem Boden werden infolge des reicheren Ausbaues größere Erträge abgenommen als früher. Die Ueberschüsse entlegener Länder werden mit leichter Mühe in solche Gegenden hingebacht, wo sie willige Nachfrage finden. Was in einem Jahre für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zur Verfügung gestellt wird, ist heute außerordentlich viel mehr, als es vor einem Jahrhundert war.

Daß infolge dessen die Lebenshaltung aller Klassen erheblich gestiegen ist, ist auch nicht zu bestritten. Der Arbeiter ist im allgemeinen heute besser, kleidet sich besser und zuträglicher, wohnt größtenteils anständiger, ist mit Heizung- und Beleuchtungsmitteln, sowie mit Plätzen der Belehrung reichlicher versehen, und endlich in Krankheitsfällen

besser versorgt, als es zur Zeit unserer Großeltern der Fall war. Das alles kann nicht bestritten werden und wird auch wohl kaum bestritten. Die Frage ist nur die, ob dieser Zufluß für ihn ein so reichlicher ist, wie es nach der Steigerung unserer Kultur-entwicklung der Fall sein sollte.

Und da haben wir nun das Bedenken, ob nicht das bei uns eingeriffene Bestreben, die Preise weit verbreiteter Artikel künstlich zu steigern, dieser Steigerung der Lebenshaltung, ein Hindernis in den Weg legt. Der Gedanke, daß die Wohlfeilheit der Preise, welche sich als die naturgemäße Folge der Steigerung der Produktion einstellt, ein Unglück sei, ist ein sehr verbreiteter, aber durchaus kranker. Kann der kleine Mann sich sein Brot wohlfeiler verschaffen als bisher, so behält er einen gewissen Geldebetrag übrig, den er verwenden kann, um sich mit Kleidung und Wäsche reichlicher zu versorgen, als es bisher der Fall war. Kauft er auch diese vorteilhafter ein, so kann er auf seine Wohnung und ihre Einrichtung mehr verwenden. Bleiben ihm auch hier Ersparnisse übrig, so wird er sich in die Lage versetzt sehen, in Krankheitsfällen besser für seine und der Seinigen Genesung und Erholung zu sorgen. Indem man ihm irgendeinen Gegenstand künstlich verteuert, nur weil derselbe im Preise vermeintlich gesunken ist, so begeht man gegen ihn ein Unrecht, indem man ihn hindert, an den Vorteilen, welche der Fortschritt der Wirtschaft im Gefolge gehabt hat, seinen gebührenden Anteil zu nehmen. Man begeht aber nicht bloß ein Unrecht, sondern auch eine Torheit, denn man wirkt auf die Schädigung der Produktion hin. „Hat der Bauer Geld, so hat es alle Welt.“ Dieses Wort ist und wird so häufig zitiert, aber man muß es nur recht verstehen. Jeder, der Geld hat, wird meist bereit sein, es auszugeben, denn die Meisten erwerben Geld nur zu dem Zwecke, um es wieder auszugeben. Der Bauer in jenem Sprichwort ist nichts, als das Symbol des Konsumenten, die Bezeichnung der großen Menge. In der Zeit, als die ländliche Bevölkerung etwa fünf Sechstelle der ganzen Einwohnerschaft des Staates umfaßte, konnte der Bauer als die Bezeichnung der großen Menge gelten. Der städtische Handwerker und Krämer sah in dem Bauern seinen vorzüglichsten Kunden. Inzwischen ist das Verhältnis der städtischen zu der ländlichen Bevölkerung ein umgekehrtes geworden. Der Bauer hat aufgehört, zur Bezeichnung der großen Menge zu dienen, an seine Stelle ist der Arbeiter getreten. Heute kann man sagen: „Hat der Arbeiter Geld, so hat es die ganze Welt.“

Den zahlreichsten Bestandteil des Volkes so zu stellen, daß er große Ausgaben machen kann, heißt den Zirkulationsprozeß des wirtschaftlichen Lebens beschleunigen. Die Gegenstände des notwendigsten Bedarfs dieser großen Menge künstlich zu verteuern, hat den Erfolg, daß er für eine Reihe anderer Artikel nicht als Käufer auftreten kann. Diesen naturgemäßen Hergang nicht zu stören, der großen Menge zu gestatten, daß sie von den Vorteilen der vervollkommenen Produktion ihren reichlich bemessenen Anteil hat, ist nach unserer Auffassung das wirksamste Mittel, die berechtigten Wünsche der großen Menge zu befriedigen und ungerechten Agitationen den Boden abzugraben. Man erkennt an, daß der Unzufriedenheit eines großen Teils der Bevölkerung ein berechtigter Kern zugrunde liegt, aber man hat diesen richtigen Kern an einer falschen Stelle gesucht.

Wenn man Brot und Butter, Fleisch und Zeug auf den Preisstandpunkt fallen läßt, den sie nach dem heutigen Zustande der Produktion einnehmen können, so blieben Hunderttausende von Geldsummen in der Hand, durch die sie sich eine Freude bereiten können, indem sie dieselben nach ihrem Ermessen verwenden, und durch sie, indem sie sie ausgeben, auch dem Vorteile anderer dienen. Die Produktionsfähigkeit ist im Laufe der letzten Jahrzehnte unermesslich gestiegen, es kommt darauf an, daß die Konsumtionsfähigkeit ihr zu folgen vermag.

Bei unserer heutigen Wirtschaftspolitik ist das ganze Bestreben gewisser Leute nur darauf gerichtet, für sich Vorteile herauszuschlagen und die notwendigen Lebensmittel zu verteuern. Durch die geradezu ungeheuren Mächtigungen werden immer mehr Steuern dem Volke auferlegt. Wenn man auch bei der Kostendeckung der neuen Militärvorlage diesmal

mit dem alten System gebrochen hat, indem man auch die besitzenden Klassen zur Tragung der Kosten herangezogen hat, so bleibt für die Arbeiterschaft noch gerade genug zu tragen übrig. Die Unzufriedenheit der großen Masse des Volkes kommt bei den Reichstagswahlen geradezu Unheil verkündend zum Ausdruck, doch unsere Regierung hat kein Ohr für die warnende Stimme des Volkes. Man kann sich nicht dazu bequemem, eine gerechte Verteilung der allgemeinen Lasten herbeizuführen. Wie lange noch?

### Die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft.

Aus dem reichen Material der letzten Berufszählung veröffentlicht das „Reichsarbeitsblatt“ eine längere Abhandlung über die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft. Aus der Statistik geht hervor, welchen Riesenanteil am Volksganzen die Lohnarbeiterschaft einnimmt. Dies zu beachten ist wichtig, besonders für alle diejenigen, die glauben, es geschehe nur für einen kleinen Kreis etwas, wenn Fragen der Sozialpolitik, des Arbeitnehmerrechts usw. behandelt werden sollen. Jede Fürsorge sozialer Art wird darum auch eine solche, an der weite Schichten des Mittelstandes, der gewerblichen und landwirtschaftlichen Bevölkerung auch ihren Vorteil haben.

Zunächst ist die Stellung der Gesamtschicht der Lohnarbeiter und Dienenden im Kreise der anderen sozialen Gruppen zu vergegenwärtigen. Werden die eigentlichen Lohnhilfskräfte der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Verkehrs, die Gesamtzahl der Dienenden und die unteren Beamten des öffentlichen Dienstes wie das Dienstpersonal in den freien Berufen zusammengefaßt und mit ihnen zugleich auch die bei ihnen lebenden Angehörigen herangezogen, so erreicht die Gesamtzahl der zu den arbeitenden Klassen gehörige Bevölkerung 29,8 Millionen Menschen oder etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Reichs. Die mit ihren Angehörigen zusammen etwa 660 000 Köpfe zählenden Handlungsgehilfen, Verkäufer und Verkaufsfrauen in Ladengeschäften des Handelsgewerbes sind in den Ziffern von 29,8 Millionen Arbeitern und Dienenden nicht enthalten. Die Berufsstatistik ordnet diese meist als Lohnarbeiter ein, doch werden sie in sozialer Beziehung vielfach den Angestellten zugerechnet. Nimmt man alles zusammen, so betrug die Zahl der im Hauptberuf Erwerbstätigen mit denen bei ihnen lebenden Angehörigen im Jahre 1907 nämlich:

Soziale Schicht	Anzahl	Von 100 über-	Erwer-
		haupt	benden
Selbständige	16 908 249	27,4	30,2
Hausgewerbetreibende	524 547	0,8	0,9
Angestellte (einschl. Handlungsgehilfen)	4 362 754	7,1	7,8
Mithelfende Angehörige	4 492 078	7,1	7,9
Lohnarbeiter und Dienende	29 800 458	48,3	53,2
Erwerbende	55 988 056	90,7	100,0
Heer und Kriegsflootte	759 941	1,2	—
Berufslose (Rentner usw.)	1 973 102	3,1	—
Gesamtbevölkerung	61 720 529	100,0	—

Die fast 5 Millionen erreichende Gruppe der Berufslosen besteht in erster Linie aus Rentnern, von Pensionen lebenden ehemaligen Beamten, von nicht bei den Eltern lebenden Studenten und Schülern, daneben aber auch aus Unterstützungsempfängern und Zuzüglern von Wohltätigkeitsanstalten, wie aus Personen, deren Beruf nicht zu ermitteln war. Die über 4 Millionen angegebene Schicht der mithelfenden Angehörigen sind vorwiegend Ehefrauen, Töchter, auch jüngere Söhne aus bäuerlichen Kreisen, dann auch Angehörige des Kleinhandelsstandes und des Kleingewerbes. Sie sind als Arbeitskräfte beruflich tätig, ersetzen mindestens besondere Lohnhilfe, sind doch aber der Eigentümerschicht mehr zugehörig. Die Hausgewerbetreibende stehen in sozialer Hinsicht überwiegend der Arbeiterschaft nahe, mindestens aber nehmen sie eine Mittelschicht zwischen Selbständigen und Arbeitern ein.

Im Vergleich zu den Selbständigen sind die Lohnarbeiter und Dienenden bald dreimal so umfangreich an Zahl. Denn die Statistik zeigt:







beider Verbände mitteilen möchten, was sie von  
Mißständen bei der Arbeit wüßten. Als der Zen-  
tralverbandsbeamte Hinrichsen gegen  
diesen Beschluß einwandte, die Beschwerdeführer  
müßten infolge der Anwesenheit des Poliers und  
des Bauführers in der Versammlung mit einer  
Maßregelung rechnen, kam es zu stürmischen  
Entrüstungskundgebungen der Lokalor-  
ganisierten Versammlungsteilnehmer, die darin den  
Vorwurf der Ungehörigkeit erblickten. Weisfel  
erklärte, daß die wegen ihrer Neußerungen in dieser  
Versammlung Gemäßregelten auf jeden Fall auf die  
Solidarität der Lokalkisten rechnen könnten.

Von zwei auf der Baustelle beschäftigten Lokal-  
organisierten Zimmerern wurde erklärt, es seien von  
den Kameraden der Baustelle keine Beschwer-  
den über Uebelstände vorzubringen. Auch die zentralorganisierten Zimmerer hätten die  
im „Vorwärts“-Bericht wiedergegebenen Angaben  
ihres Verbandsführers als unwahr bezeichnet.  
Tatsächlich seien die Arbeitsverhältnisse in der Müller-  
straße günstiger als dort, wo die Zentra-  
listen allein herrschen. Der ganze Kampf  
des Zentralverbandes richte sich nicht gegen  
Uebelstände auf der Baustelle sondern,  
gegen die Lokalkisten.

Von den anwesenden zentralorganisierten  
Zimmerern der Baustelle brachte keiner Be-  
schwerden über die Arbeitsverhältnisse vor, der  
Zimmerer Hans erklärte nur, er sei gemäßregelt  
worden, weil er sich an der Protestversammlung des  
Zentralverbandes beteiligt habe.

Der Berliner Zweigvereinsvorsitzende des Zen-  
tralverbandes der Zimmerer Witt nahm  
dann das Wort, um auszuführen, daß tatsächlich  
schwere Mißstände auf der Baustelle beständen.  
Für Nachtarbeit werde kein Zuschlag bezahlt, die  
neunstündige Arbeitszeit werde überschritten, die  
Arbeitsordnung komme einer Gefängnisordnung  
gleich und mache die Arbeiter rechtlos. Er, Witt,  
habe in einer Baubesprechung über die Mißstände  
referiert, in der Diskussion hätten aber die meisten  
Redner gesagt, Mißstände lägen nicht vor, es handle  
sich nur um eine Stänkereier gegen die Lokalkisten.  
Am nächsten Tage habe er mit dem Bauführer  
verhandelt und gefordert, daß die Mißstände abge-  
stellt und die beiden gemäßregelten Zentralverbänd-  
ler wieder eingestellt würden. Der Bauführer habe  
aber alles abgelehnt und sich darauf berufen, daß  
Weisfel ihm erklärt habe, die Lokalkisten würden sich  
mit Rücksicht auf den vom Zentralver-  
band gestifteten Terrorismus mit diesem  
nicht solidarisch erklären. Eine neue Bau-  
besprechung sei außerordentlich schlecht besucht  
gewesen und habe ein klägliches Resultat gehabt.  
Der Zentralvorstand habe es bei dieser schlappen  
Saltung nicht verantworten können, einen Streit  
zu veranstalten. Als Witt bei diesen Ausführungen  
scharfe Angriffe gegen den Lokalverein und einzelne  
seiner Mitglieder richtete, wurde er durch stürmische  
Entrüstungskundgebungen der Versammlungsmehr-  
heit unterbrochen.

Noch stürmischer wurde die Versammlung, als  
der Zentralverbandsbeamte Hinrichsen das Wort  
nahm, gegen den bei den Lokalkisten besonders große  
Erbitterung herrscht, weil er aus ihren Reihen  
ausgetreten und jetzt Beamter des Zen-  
tralverbandes ist. Als er Weisfel Arbeiterver-  
rat vorwarf, entwickelte sich ein tosender Lärm in  
der Versammlung. „Du bist der Arbeiterberräter,  
du hast uns verkauft!“ wurde ihm zugerufen. Die  
Mitglieder der feindlichen Organisation bewarfen  
sich gegenseitig mit lauten Beschimpfungen und  
Wierflüge flogen durch die Luft. Dem Redner mußte  
schließlich durch Versammlungsbeschluß das Wort  
entzogen werden.

Der in der Zentralversammlung angegriffene  
Polier der Baustelle, Triller, suchte dann die  
gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Er  
wies darauf hin, daß in anderen vom Zentral-  
verband besetzten Arbeitsstellen die Verhältnisse  
weit schlechter seien. Die Angriffe gegen ihn  
würden sicher sofort aufhören, wenn er auch nur  
einseitig Zentralverbandsmitglied einstellen würde.

Der Vorsitzende der Berliner Lokalorganisation,  
der Zimmerer Flammann, trat hierauf den Aus-  
führungen von Witt entgegen. Wenn es dem  
Zentralverband wirklich nur um die Abstellung der  
Mißstände auf der Baustelle zu tun gewesen wäre,  
dann hätte er rechtzeitig eine gemeinsame  
Aktion mit den Lokalkisten einleiten müssen.  
Statt dessen aber habe er die zur Debatte stehende  
Versammlung als Mitgliederversammlung  
einberufen, die Lokalkisten ausdrücklich davon  
ausgeschlossen und gegen sie in ihrer Abwesen-  
heit so schwere Verdächtigungen geschleudert,  
daß ein gemeinsames Vorgehen unmöglich wurde.  
Trotzdem hätten die Lokalkisten bei den weiteren  
Baubesprechungen ein solidarisches Vorgehen in Aus-  
sicht gestellt, wenn nur die Zentralverbandsleitung  
erklären wollte, daß sie den von ihren Mitgliedern  
gegen die Lokalkisten verübten Terror verurteilt  
und nach Möglichkeit verhindern will.  
Zweimal aber habe Witt diese Erklärung verweigert.  
Die Verbandsleitung wolle ja diesen Terroris-  
mus, und Witt habe in einer Versammlung erklärt:  
„Eine strenge Scheidung muß vorgenommen  
werden, und nur derjenige muß als Arbeitsbruder  
angesehen werden, der dem Zentralverband ange-  
hört!“ (Laute Entrüstungskundgebungen.) In der  
Baustelle Müllerstraße verjage der Zentralverband  
offenbar nur das Ziel, daß bei einer Streik die

Lokalkisten die Arbeitsstelle verlassen und die Zen-  
tralkisten dann ihre Plätze besetzen. So sei es bei  
früheren Gelegenheiten oft genug vom Zentral-  
verband gemacht worden.

Aus einer langen Liste der terro-  
ristischen Akte des Zentralverbandes gegen  
die Lokalkisten führte Flammann unter genauer Angabe  
von Namen und Zeit nur folgende Fälle an: Beim  
Bau des Schöneberger Krankenhauses  
wurde ein lokalkistischer Zimmerer von den Zentra-  
listen zum Verlassen der Arbeitsstelle gezwungen,  
obwohl er 19 Wochen vorher krank gewesen war  
und eine starke Familie zu ernähren hatte. Von  
der Baustelle auf der Museumsinsel  
wurden gleich neun Lokalkisten von den Zentralkisten  
aus der Arbeit gebracht. In Neukölln streikten  
auf einer Baustelle die Zentralkisten 1 1/2 Stunden,  
um die Entlassung der Lokalkisten durchzusetzen. Der  
Arbeitgeber gab in diesem Falle nicht nach, und  
die Lokalkisten blieben. Beim Bau der „Ideal-  
wohngemeinschaft“ wurden acht Lokalkisten  
auf Betreiben der Zentralkisten entlassen. Als in  
der Weidingerstraße zwei lokalorganisierte  
Zimmerer eingestellt wurden und mit der Arbeit  
beginnen wollten, verweigerten neun Zentralkisten  
die Arbeit, und der Polier mußte die beiden sofort  
wieder entlassen. In Lichtenberg war ein  
lokalorganisierte Zimmerer eingestellt worden, der  
vorher acht Wochen arbeitslos gewesen war und  
drei unmündige Kinder zu ernähren hat. Schon  
am Mittag seines Einstellungsstages zwangen die  
Zentralkisten durch einen halbständigen Streik den  
Arbeitgeber zur Entlassung des Lokalkisten. In  
anderen Fällen haben eingestellte Lokalkisten die  
Arbeit erst gar nicht aufgenommen, weil sie gleich  
von den Zentralkisten mit den schwersten Drohungen  
empfangen wurden. So liefere der Zentralverband  
den Scharfmachern das Material zur  
Zuchthausvorlage. Flammann richtet zum  
Schluß nochmals an Witt die Frage, ob der Vor-  
stand des Zentralverbandes der Zimmerer gewillt  
ist, in Zukunft die Terrorismustakte  
seiner Mitglieder gegen die Loka-  
listen einstellen zu lassen? Witt blieb  
zunächst die Antwort schuldig, und als im Laufe  
der weiteren Debatte ein anderer Redner die Frage  
wiederholte, antwortete er: „Ich möchte auf die Frage  
kurz erklären, daß seitens unseres Verbandes bisher  
keine Terrorismustakte vorgekommen sind!“ Stür-  
misches Gelächter und Rufe: „Du hast ja  
selbst dazu aufgefordert!“ folgten dieser Erklärung.  
Der Zimmermann Witt stellte sich gleich darauf  
Witt vor als ein Lokalkist, der zum Verlassen der  
Arbeitsstelle gezwungen worden sei, weil die Zen-  
tralkisten ihm das Werkzeug vernichteten,  
als er nicht zum Zentralverband über-  
treten wollte.

Gegen Mitternacht wurde nach fünfständiger  
erregter Diskussion bei Stimmenthaltung der Zen-  
tralkisten einstimmig eine Resolution angenommen,  
in der die Anschuldigungen des Zentralverbandes  
gegen die Lokalorganisation zurückgewiesen werden  
und der ganze Versammlungsbericht des „Vorwärts“  
als ein Kampf gegen die Lokalkisten bezeichnet wird.  
Weiter heißt es: „Die Versammelten erklären sich  
mit der Handlungsweise der auf der Baustelle  
Müllerstraße arbeitenden Kameraden einver-  
standen. Die Versammlung verurteilt den  
Terror des Zentralverbandes und ver-  
weigert, wie die Kameraden auf der Baustelle,  
diesem Verbande jede Solidarität solange, bis der  
Zentralverband und der „Vorwärts“ den Kampf  
gegen uns einstellen.“

### Terrorismus und kein Ende.

Die ganze sozialdemokratische Presse und mit ihr  
die der freien Gewerkschaften bemühen sich kampf-  
haft, die Uebergriffe und Gewaltakte ihrer „Gen-  
ossen“ gegenüber andersorganisierten leichthin als  
Terrorismusthatsachen hinzustellen. Stolz erklärte auch  
die „Holzarbeiterzeitung“: „Man kann uns auch nicht  
einen Fall von Terrorismus nachweisen“.

Unsere Kollegen und alle, welche nicht im roten  
Fahrwasser segeln, bekommen oft genug die Undulds-  
amkeit dieser „Freiheitshelden“ in offener oder ver-  
steteter Form zu spüren, und so mancher dieser  
„Edlen“ hat schon über seine „Identität“ hinter  
Kerkermauern nachdenken müssen. Ein besonders  
schwerer Fall von bodenloser Gefinnungslosigkeit spielte  
sich im Frühjahr d. J. ab und hat jetzt seine Sühne  
gefunden. Das Mitglied unseres Gewerkschafts der  
Holzarbeiter Johannes G. hatte sehr schwer unter Fa-  
milienverhältnissen zu leiden, da seine Frau über  
1 1/2 Jahre krank lag, er selber wochenlang im  
Krankenhaus zubringen mußte. Kaum genesen,  
versuchte er wochenlang vergeblich, Arbeit zu be-  
kommen. Bei der großen vorhandenen Zahl von  
Arbeitslosen hielt es namentlich als Baufachler sehr  
schwer, Arbeit zu bekommen. Durch Krankheit und  
Arbeitslosigkeit finanziell schwer heruntergekommen,  
war die Organisation die einzige Stütze. In dieser  
schwer bedrängten Zeit gelang es G., durch einen  
Freund bei dem Tischlermeister Paul Leschinski  
in Belten Arbeit zu bekommen. Freudig griff er  
diese Gelegenheit auf, glaubte er sich doch einiger  
Sorgen enthoben zu sein. Doch er hatte nicht mit  
der Unduldsamkeit der „Genossen“ gerechnet. Kaum  
war er dabei, sein Werkzeug in Ordnung zu bringen,  
als der Vertrauensmann des sozialdemokratischen  
Holzarbeiterverbandes Frz. J. zu ihm trat und ihn

nach seiner Organisationszugehörigkeit befragte. Als  
Antwort wurde ihm zu teil, daß G. im Gewerks-  
verein der Holzarbeiter organisiert sei. Der Ver-  
trauensmann belehrte ihn jedoch, daß es in diesem  
Betriebe so etwas nicht gäbe, entweder in den  
Holzarbeiterverband oder raus aus  
dem Betriebe. G. erklärte kurz und bündig,  
daß er schon jahrelang im Gewerksverein organisiert  
sei und niemals seine Gefinnung wechseln werde.  
Hierauf ging dieser „edle Verfechter der  
Freiheit“ zu dem Betriebsunternehmer und  
stellte den vor die Alternative: „Entweder wird G. ent-  
lassen oder die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes  
legen die Arbeit nieder“.

Die Folge davon war, daß G. den Betrieb  
verließ und weiter den Kampf für seine Familie  
mit der Arbeitslosigkeit ausnahm. Ein Mitglied des  
Holzarbeiterverbandes aus diesem Betriebe gebrauchte  
über das Vorgehen seines Vertrauensmannes die  
schärfsten Ausdrücke und verließ für den Tag auch  
den Betrieb. Dieser Vorgang stand am 9. Juli er-  
vor Gericht und wurde dieser „Freiheitsheld“ für  
seine Unduldsamkeit mit zwei Tagen Ge-  
fängnis bestraft.

Die Schamröde mußte diesen Leuten zu Gesichte  
steigen, die sich nicht entblößen, Familienväter, die  
schon durch Krankheit und Arbeitslosigkeit schwer zu  
leiden haben, der Verzweiflung zu übergeben, und  
angesichts solchen Vorganges wagt man noch von  
Terrorismusthatsachen zu sprechen. Wir wollten den  
Fall schon gleich der Öffentlichkeit übergeben, haben  
jedoch erst das gerichtliche Urteil abgewartet. Der-  
artige Leute muß man dem Pranger der breiten  
Öffentlichkeit übergeben, selbst auf die Gefahr hin,  
nach Ansicht der „Genossen“ Wasser auf die Mühlen  
der Scharfmacher zu liefern oder den Jörn der  
sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse zu  
entfachen.

## Mundschau.

Die Wahlen zu den Behörden der Arbeiter-  
versicherung. Es wird uns mitgeteilt, daß an vielen  
Orten noch Zweifel bestehen, wann die Wahlen zur  
Arbeiterversicherung stattfinden. Wir haben uns  
daraufhin bemüht, Erkundigungen einzuholen, trotz-  
dem wir schon bereits vor einer Reihe von Wochen  
die Zeitpunkte mitgeteilt. Nach einem Ministerial-  
erlaß des preussischen Ministers für Handel und Ge-  
werbe vom 26. April 1913 gilt für Preußen und  
auch für alle kleineren Bundesstaaten, mit alleiniger  
Ausnahme von Bayern, Württemberg, Sachsen und  
Baden, folgendes: Die Wahlen in den allgemeinen  
Ortskrankenkassen müssen spätestens in der  
ersten Hälfte des November beendet sein. Die  
Wahlen zu den Versicherungsämtern haben in  
der zweiten Novemberhälfte stattzufinden. Die  
Besitzer an den Oberversicherungsämtern sind  
während des Monats Dezember zu wählen. Ebenso  
haben die Besitzer am Versicherungsamt im Laufe  
des Dezember den Ausschuss der Landesversicherungs-  
anstalten zu wählen. Alle diese Gewählten treten  
ihre Ämter vom 1. Januar 1914 ab an. Es ist  
möglich, ja wahrscheinlich, daß in manchen Kranken-  
kassen, die ihre neuen Satzungen fertig und ge-  
nehmigt haben, die Wahlen schon im August oder  
September stattfinden. Man muß also an jedem  
Orte ein wachsames Auge haben und sich schon jetzt  
nach den Plänen der Kassenvorstände erkundigen,  
damit man nicht überrascht wird. Alle diese Wahlen  
finden statt nach dem System der Verhältniswahl  
und zwar nach streng gebundenen Listen. Unsere  
Freunde in Bayern, Württemberg, Sachsen und  
Baden müssen sich bei ihren Behörden erkundigen,  
wann die Wahlen dort stattfinden. — Die Wahlen  
in den Krankenkassen richten sich nach den neuen  
Satzungen. Der Reichskanzler hat Musteratzungen  
herausgegeben, die eine genaue Beschreibung des  
Wahlvorganges enthalten. Die Musteratzungen sind  
zum Preise von Mk. 1.— und Mk. 1.20 erhältlich im  
Geymanns Verlag-Berlin. Man bestelle Formular  
230 (Ortskrankenkassen), Formular 246 (Betriebs-  
krankenkassen). Für die Wahlen zu den Versicherungs-  
ämtern und Oberversicherungsämtern wird je eine  
besondere Wahlordnung erlassen, in Preußen von  
den Oberpräsidenten, in Sachsen von den Kreis-  
hauptmannschaften, in Bayern vom Landesversiche-  
rungsamt usw. Jedoch hat der preussische Handels-  
minister eine Musterwahlordnung für Versicherungs-  
amt und Oberversicherungsamt herausgegeben. Die  
Oberpräsidenten dürfen von dieser Musterwahl-  
ordnung stets nur mit ausdrücklicher Genehmigung  
des Ministers abweichen. Wer also wissen will, wie  
die Wahl vor sich geht, tut gut, sich die beiden  
Musterwahlordnungen anzuschaffen. Sie kosten je  
30 Pfg. und sind als Formular Nr. 875 und 876  
von Geymann-Berlin zu beziehen. Jedoch muß  
man sich auch hier rechtzeitig durch Nachfrage bei  
den Provinz- oder Lokalbehörden vergewissern, ob  
nicht dennoch Änderungen getroffen sind. Auch  
diese preussische Verordnung gilt für alle deutschen  
Bundesstaaten, außer Bayern, Württemberg und  
Sachsen, vielleicht auch den Hansestädten.

Der Verband der württembergischen Eisen-  
bahn- und Dampfschiffahrtsbeamten hat  
vom 5.—7. Juli in Aalen seinen 14. Verbandstag  
abgehalten. Diese Organisation, die dem Verbande  
der Deutschen Gewerksvereine (Dtsch.-Dunder) an-



geschlossen ist, ist von jeher heftigen Angriffen von seiten der christlichen Gewerkschaften ausgesetzt gewesen. Namentlich erfreute sich ihr Führer Roth, der als fortschrittlicher Abgeordneter dem württembergischen Landtage angehörte, ihres besonderen Hasses. Seit Jahren wurde ein widerwärtiger Verleumdungsfeldzug gegen ihn geführt. Zahlreiche Prozesse haben stattgefunden, die aber stets mit einer glänzenden Rechtfertigung Roths endeten.

Indessen die Treiberen gegen ihn nahmen kein Ende, und so hat er sich denn auf dem Verbandstage in Malen leider veranlaßt gesehen, aus seinem Amte als Geschäftsführer des württembergischen Eisenbahnverbandes auszuschließen. Gleichzeitig hat er auch sein Landtagsmandat niedergelegt. Wie ungerechtfertigt die Vorwürfe gegen Roth waren, kann man daraus ersehen, daß die Verbandsrevisoren in ihrem Bericht ausdrücklich erklärten, daß die Geschäfts- und Kassensführung in sorgfältigster, genauester und wirklich tadelloser Ordnung sich befunden habe, und daß der Vorstand einstimmig Entlastung erteilt wurde.

Als Nachfolger Roths ist der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Fischer in Aussicht genommen, der sich ebenfalls bei vielen Gelegenheiten als Freund der Nitsch-Dunderschen Gewerkschaften bewährt hat, so daß also mit dem Ausscheiden Roths nicht etwa ein Systemwechsel in der Haltung des Verbandes verbunden ist.

**Der Gewerbeverein der Deutschen Töpfer und Ziegler (S.-D.)** hat vom 5.-8. Juli seine 10. ordentliche Generalversammlung in Waldenburg i. Schl. abgehalten. Wie der Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs zeigte, befindet sich diese Arbeiterorganisation trotz der großen Schwierigkeiten, die ihr von gegnerischer Seite bereitet werden, in erfreulicher Entwicklung. Der Gewerbeverein hat in der abgelaufenen Periode sich an zahlreichen Tarifabschlüssen beteiligt; mehrfach sind auch Tarifverbesserungen erzielt worden. Einer der Hauptverhandlungsgegenstände auf der Generalversammlung war die Frage der Volksversicherung. In einer Resolution wurden die Mitglieder aufgefordert, die kleinen Versicherungen bis 500 M. in der Verbandsversicherung zu nehmen, alle übrigen Versicherungen bis 1500 M. bei der Deutschen Volksversicherung, A.-G., zu beantragen. Der Kassensbericht ließ erkennen, daß die finanziellen Verhältnisse überaus günstig sind. Nicht nur in der Gewerbevereinskasse, sondern auch in der Kranken- und Begräbniskasse war eine beträchtliche Zunahme des Vermögens zu erwarten, ein Beweis für die gesunde Grundlage, auf der das Kassensystem aufgebaut ist. In der Ansprache über die Verichte wurden mehrfach Klagen laut über den Terrorismus Andersorganisierter. Die Verhandlungen nahmen im ganzen einen sehr günstigen Verlauf und berechtigten zu der Hoffnung, daß der auf freibeitlich-nationalen Boden stehende Gewerbeverein tüchtige Fortschritte machen wird.

**Aus den Ortsvereinen.**

**Bremen.** Am Sonntag, den 6. Juli hielt unser Ortsverein seine Monatsversammlung ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils hielt uns Kollege Reichelst ein Vortrag über die „Neugestaltung der Krankenkasse im Jahre 1914“. Referent führte uns in seinem dreiviertelstündigen Vortrage die wichtigsten Bestimmungen und Neuerungen der Krankenkassengesetzgebung von 1910-14 vor Augen. Insbesondere sei, wie vom Referenten erwähnt wurde, die Verhältniswahl sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Versicherten zu begrüßen. Nach dieser

neuen Wahlgesetzgebung ist, wie wir dem Vortrage entnehmen, auch uns Gewerbevereinen hier in Bremen eher die Möglichkeit gegeben, einen von unseren Kollegen als Beisitzer für die Krankenkasse hineinzubekommen. Daher Kollegen! Laßt uns diese so vorteilhafte Anregung von großem Interesse sein, laßt uns mehr als bisher versuchen, durch einmütiges Zusammenhalten diese vom Referenten gestellte Aussicht in der Wirklichkeit zu vollführen.

**U. Seitz, Schriftführer.**  
**Cöln.** In der einigermäßen gut besuchten Versammlung am 6. d. M. hielt unser Bezirksleiter Kollege Dann einen Vortrag über „Zeit- und Streiffragen in der heutigen Arbeiterbewegung“. Nachdem derselbe die Steigerung der Lebensverhältnisse geschildert, geht er auf die Konjunkturverhältnisse ein und ist der Ansicht, daß hierin nur ein Ausgleich geschaffen werden kann durch Regelung der Arbeitszeit. Am größten bedauert der Redner den Zwiespalt in der Arbeitererschaft durch die verschiedenen Organisationsrichtungen, wo wir einer geschlossenen Arbeitgebererschaft gegenüber stehen, wo nicht danach gefragt wird, welcher Religion oder Partei gehört du an, sondern wo nur die wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden. Hieran sollten die Arbeiter sich ein Beispiel nehmen und den Bruderkampf vermeiden. Zudem der Referent das Submissionswesen mit seinen herrlichen Blüten gestreift, geht er noch näher auf den Zusammenschluß des Kapitals über, wodurch der kleine Handwerker fast ganz an die Wand gedrückt würde. Zum Schluß ermahnt der Redner noch zur größeren Agitation und regerem Besuch der Versammlungen, wo jeder Kollege die beste Aufklärung erhalten kann. Dem letzteren Wunsche schlossen sich auch alle Diskussionsredner an, denn mit der Laune, die sich in diesem Punkte eingeschlichen hat, kann es unmöglich weitergehen und wollen wir hoffen, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.

**Lohnbewegung.**

**Ruzsa** ist ferngehalten nach Apolda (Apollwerke), Düsseldorf (Firma Neumärker, Sargfabrik), Hannover (Firma A. Friedrich).

**Zur Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.**

Kürzlich berichteten wir über den Beginn einer Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften unter Anführung der von den Arbeitern gemachten Vorschläge auf Besserung der Arbeitsverhältnisse. Den Verstorbenen entsprechend sind von den Arbeitern Forderungen zusammengefaßt und den Werften übermittelt worden. Am 4. Juli begannen nun in Hamburg die Verhandlungen der Arbeiterkommissionen mit den Vertretern der Nordd. Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller. Diese Verhandlungen umfaßten die Werften an der Weser, der Elbe und der westlichen Seite der Ostsee, während für die Stettiner Werften besondere Verhandlungen erforderlich wurden, weil diese Werften einer anderen Gruppe des Arbeitgeberverbandes angehören. Die Hamburger Verhandlungen führten am ersten Tage zu keinem Resultat, doch wurden sie am 8. Juli fortgesetzt, wobei nur minimale Zugeständnisse der Arbeitgeber erzielt werden konnten. Daraufhin haben sich nun die verantwortlichen Führer der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen direkt an die Norddeutsche Gruppe des Arbeitgeberverbandes gewandt und neue Verhandlungen in Vorschlag gebracht. Nach Einlauf der Antwort des Arbeitgeberverbandes werden sich die Organisationsleitungen weiter verständigen.

In Stettin begannen die Verhandlungen am 11. Juli, aber auch hier kam man noch nicht zu einem brauchbaren Resultat, da die Stettiner Werft-

besitzer ebenfalls nur ganz geringe Zugeständnisse machten. Ebenso wie in Hamburg sind auch in Stettin durch die Arbeitervertreter neue Verhandlungen vorgeschlagen worden.

Der Lauf der Dinge hat sich bisher, abgesehen von einem unbedeutenden Zwischenfall in Hamburg, in durchaus sachlichen Bahnen abgepielt. Die Arbeiter haben die notwendige Ruhe und Disziplin bewahrt und sie werden bei Aufrechterhaltung dieses Zustandes jedenfalls weiterkommen, als wenn sie sich durch Leute, die außerhalb der Bewegung stehen oder durch falsche Alarmnachrichten aufputschen lassen. Unkontrollierbaren Gerüchten, die hier und da auftauchen, ist absolut keine Bedeutung beizumessen; das was zu tun notwendig ist, wird zur gegebenen Zeit von den Organisationsleitungen angeordnet werden.

Kurz vor Schluß der Redaktion erhielten wir die Mitteilung, daß in Hamburg auf der Werft von Blohm & Bock am Montag vormittag 6-7000 Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Diesen haben sich an demselben Tage nachmittags 6-7000 Arbeiter der Vulkanwerft angeschlossen. Von den andern Werften Stettin, Bremen und Kiel waren noch keine weiteren Nachrichten eingetroffen. Doch ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß, wenn diese Art. der „Eiche“ in die Hände der Beser kommt, der Kampf auf sämtlichen Seeschiffswerften entbrannt ist. In der nächsten Nummer werden wir schon genaue Mitteilungen machen können.

**Adressenänderungen.**

- Vorsitzender:  
**Brandenburg.** A. Neumann, Wilhelmsdorferstr. 69.  
**Bremerhaven.** O. Klappstein, Geestemünde, Johannesstr. 18 p.  
**Hagen.** J. Schaumburg, Langestr. 108.  
**Leipzig.** P. Wellinshy, Gattisch-Salzmannstraße 8.  
**Zeitz.** L. Diezsch, Posnerstr. 26 (stellvert.).  
Schriftführer:  
**Ansbach.** G. Köhler, Blütenstr. 6.  
**Bremerhaven.** Joh. Decker, Lehe, Marktstr. 53.  
**Bromberg.** H. Schulz, Danziger Str. 107.  
**Cöln a. Rh.** H. Rosenstein, Rosenstr. 22.  
**Schweidnitz.** H. Wölfel, Hochstr. 6.  
Kassierer:  
**Bremerhaven.** Gerh. Thien, Lehe, Parallelstr. 26 p.  
**Großenhain.** A. Böhme, Schloßstr. 16.  
**Leipzig.** G. Engel, Gohlis, Magdeburger Str. 32.  
Arbeitsnachweis-Bureau:  
**Nürnberg.** Aufsehlplatz 12.

**Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin**

- Sonnabend, den 19. Juli,** findet die diesjährige **Mondscheinfahrt des Ortsv. Berlin nach Schmetterlingshorst** statt. Abfahrt pünktlich 9 1/2 Uhr abends von der Jannowbrücke (Reederei Kobling). Da der etwaige Uebersturz hilfsbedürftigen Kollegen zu gute kommen soll, so wird eine rege Beteiligung der Kollegen mit ihren Familien, Freunden und Bekannten erwartet. Billeis sind bei allen Bezirkskassierern zu haben, und es wird erjucht, sich rechtzeitig damit zu versehen.  
Der Mondscheinfahrt wegen fallen sämtliche Versammlungen in den einzelnen Bezirken am 19. Juli aus.  
**Montag, den 21. Juli 1913:** Bezirk Nord. Zahlabend bei Mattauch, Brunnenstr. 143.  
**Sonnabend, den 26. Juli 1913:** Bezirk Ost und Köpenicker. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Modell-u. Fabrikantischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bienenstöckchen, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung. Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig.  
Die Verwaltung.

**Anzeigen.**

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich

**Ortsverein Henföllu.**  
Sonnabend, den 19. Juli 1913.  
b. Zimmermann, Brunnenstr. 143.  
**Versammlung.**  
Schloßstr. 66, Bezirksversammlung.  
Der Ausschuss.

**1-2 tüchtige Modelltischler**  
finden dauernde und lohnende Beschäftigung.  
**Bromberger Maschinenbau-Anstalt**  
G. m. b. H.  
Priezenhain bei Bromberg.

**Das Werk lobt den Meister.** Neutzutage ist es oft umgekehrt. Die solide uns als streng reell bekannte Firma **Jonas & Co., Berlin NS 511,** hält dagegen von jeher an dem bewährten Grundsatze fest. Das ist die beste Empfehlung, der es die Firma zu danken hat, daß sich ihr ständiger Kundenkreis auf 25 000 Orte Deutschlands erstreckt, und daß der Uhrenvertrieb allein sich auf über 25 000 Stück im Jahre beläuft. Ferner sind die mannigfaltigsten Gegenstände, wie Musikinstrumente, Grammophone, photographische Apparate, Geschenkartikel und Luxusartikel, Schmuckgegenstände, ja sogar Spielwaren in vollendetester Ausführung zu haben. Ein weiterer Vorzug des hervorragenden Versandgeschäftes ist, daß dasselbe Teilzahlung bei beanagten monatlichen Raten gewährt. Zur genauen Orientierung sei unsern Lesern der sehr umfangreiche, vornehm ausgestattete 900 Seiten starke Pracht-Katalog mit 6000 Abbildungen bestens empfohlen, dessen Zusendung an alle Leser unserer Zeitung unentgeltlich und portofrei erfolgt. Wir empfehlen daher allen unsern Lesern ungestraft eine Postkarte zu schreiben an **Jonas & Co., Berlin NS 511 Belle-Alliance-Str. 3,** und sich diesen Pracht-Katalog kommen zu lassen.

**Stettin (Ortsverband).** Karten  
b. Kassierer Edmund Hartmann,  
Bienenstr. 10

**Nachruf.**  
Am 9. Juli d. J. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Tischler  
**Paul Lawrenz**  
nach langem schweren Leiden. Derselbe war ein treuer und eifriger Gewerbevereinskollege.  
Wir werden sein Andenken hoch in Ehren halten.  
Die Verwaltung des Ortsv. der Holzarbeiter zu Stolp.

**Für jeden strebsamen Gewerksvereiner**  
Tätigkeitsbericht 1912/13  
Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Grossindustrie  
Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis

**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-**  
für ich in der Lage zu stehen, weil ich ganze Lager aus Lombardgeschäften usw. aufkaufe.  
100 Stück höchste 10 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,  
100 Stück höchste 12 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück höchste 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.  
Der Betrag führt zu dauernder Rückzahlung - 500 sende franco. - Nichtbenutzendes nehme unfrankiert zurück.  
Bestand nicht unter 100 Stück - **H. Pfeiler, Verbandshaus Berlin C., Neue Schönhauser Str. 16.** - Gegründet 1886.